Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des

Evangelisch-lutherischen Landeskirchenamts in Kiel

Stück 3

Kiel, den 4. März

1937

Inhalt: 24. Reichsgesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen (S. 25). - 25. Kirchenkollekte zum Besten der kirchlichen Jugendarbeit (S. 27). - 26. Verwendung einheimischer Isolierstoffe für Wärme-, Kälte- und Schall-Isolierung (S. 27). - 27. Kirchensteuerfreiheit der Wehrmachtangehörigen (S. 28). - 28. Der Wohnsitzbegriff im Kirchensteuerrecht (S. 27). - 29. Einführung eines Arbeitsbuches (S. 31). - 30. Neueinstellungen in die landeskirchliche Bäckerei (S. 31). - 31. Karfreitagsgruß (S. 32). - 32. Empfehlenswerte Schriften (S. 32). - Personalien. - Erledigte Pfarrstellen.

Hierzu 1 Beilage sowie Titelblatt und Sachregister des Jahrgangs 1936.

Nr. 24. Reichsgesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen.

Kiel, den 4. März 1937.

Im Reichsgesetzblatt Teil I S. 91 ff. ist das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937 veröffentlicht, aus dem wir nachstehend einen Auszug bekanntgeben:

§ 1.

- (1) Auf das Land Hamburg gehen von Preußen über:
- a) die Stadtkreise Altona und Wandsbek (Regierungsbezirk Schleswig),
 - c) die Gemeinden Bergstedt, Billstedt, Bramfeld, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsfahl-Mellingstedt, Lohbrügge, Poppenbüttel, Rahlstedt, Sasel, Steilshoop, Wellingsbüttel (Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig),
 - d) die Gemeinde Loffstedt (Landkreis Pinneberg, Regierungsbezirk Schleswig).
- (2) Auf das Land Preußen gehen von Hamburg über:
- a) die Stadt Geesthacht unter Eingliederung in den Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig,
 - b) die Gemeinde Groß-Hansdorf und Schmalenbeck unter Eingliederung in den Landkreis Stormarn, Regierungsbezirk Schleswig.

§ 2.

Die im § 1 Abs. 1 genannten Gemeinden werden mit der Stadt Hamburg und den beim Lande Hamburg verbleibenden Gemeinden zu einer Gemeinde zusammengeschlossen; sie führt die Bezeichnung „Hansestadt Hamburg“.

Ausgegeben Kiel, den 10. März 1937.

§ 6.

(1) Das Land Lübeck mit Ausnahme seiner im Lande Mecklenburg gelegenen Gemeinden Schattin und Utecht geht auf das Land Preußen über.

(2) Es werden zugeteilt die Stadt Lübeck als Stadtkreis dem Regierungsbezirk Schleswig und die Gemeinden Dühelsdorf, Sierksrade, Behlendorf, Hollenbeck, Albsfelde, Giefensdorf, Harmsdorf, Ruffe, Poggensee, Rikerau, Groß-Schretstaken, Klein-Schretstaken und Tramm dem Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig. Die Zuteilung der Gemeinden Kurau (lüb. Anteils), Diffau, Krumbek und Malkendorf regelt § 8 Abs. 2.

§ 8.

(2) Der oldenburgische Landesteil Lübeck geht auf das Land Preußen über und bildet mit den bisher lübischen Gemeinden Kurau (lüb. Anteils), Diffau, Krumbek und Malkendorf den Landkreis Gutin im Regierungsbezirk Schleswig.

§ 9.

Zwischen Preußen, Mecklenburg und dem bisher lübischen Landgebiete wird folgende Gebietsbereinigung vorgenommen:

1. Auf Preußen gehen von Mecklenburg über:

b) die Gemeinden Hammer, Mannhagen, Panten, Horst, Walksfelde und Domhof Rakeburg — sämtlich bisher zum Landkreis Schönberg gehörig — unter Eingliederung in den Landkreis Herzogtum Lauenburg, Regierungsbezirk Schleswig.

§ 15.

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 1937 in Kraft, mit Ausnahme des § 2, der durch den Reichsminister des Innern spätestens am 1. April 1938 in Kraft zu setzen ist.

Die auf diesem Gesetz beruhenden Gebietsänderungen der Länder haben nicht unmittelbar eine entsprechende Änderung hinsichtlich des bisherigen Umfangs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins zur Folge. Inwieweit die politische Gebietsänderung auch eine Änderung der bisherigen Grenzen der Landeskirche erfordert, ist der Entscheidung der zuständigen kirchlichen und staatlichen Zentralstellen vorbehalten.

Welche staatliche Stelle als Genehmigungsinstanz für die nach dem Staatsgesetz betr. die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirchen vom 8. April 1924 (Kirchl. Ges. = u. V.-Bl. S. 211) genehmigungspflichtigen Beschlüsse der kirchlichen Organe ab 1. April 1937 zuständig ist, wird demnächst von uns bekanntgegeben werden.

Die in den Kirchengemeinden, die zu den politisch ab 1. April 1937 an das Land Hamburg übergehenden Landgebieten gehören, verständlicherweise erörterte Frage nach ihrer landeskirchlichen Zugehörigkeit für die Zeit über den 1. April 1937 hinaus wird durch den nachstehend abgedruckten Ministerialelaß vom 26. Februar 1937 beantwortet:

Der Reichs- und Preussische Minister
für die kirchlichen Angelegenheiten

G I 769/37.

Berlin W 8, den 26. Februar 1937.
Leipziger Straße 3

Betrifft: Veränderung der Grenzen der Landeskirche anlässlich des Gesetzes über die Groß-Hamburger und andere Gebietsbereinigungen vom 26. Januar 1937 (RGBl. I S. 91).

Ich habe dem „Überleitungskommissar“ bei dem Regierungspräsidenten in Schleswig auf Anfrage mitgeteilt, daß die politischen Gebietsveränderungen vorerst ohne Einwirkung auf das Gebiet der Landeskirche zu bleiben haben und daß ich es mir vorbehalten habe, im Benehmen mit der zu

wählenden Generalsynode die erforderlichen Maßnahmen zur anderweiten Regelung der Grenzen der Landeskirche zu treffen.

Ich ersuche Sie, dafür zu sorgen, daß bis zu einer solchen Regelung keinerlei Veränderungen in der tatsächlichen und rechtlichen Gestaltung der Landeskirche, insbesondere auf dem Gebiete der Kirchenaufsicht vorgenommen werden. Keine kirchliche Vereinigung oder Gliederung und kein Geistlicher ist befugt, Verhandlungen über die Veränderung des gegenwärtigen Bestandes der Landeskirche zu führen.

Der Vorsitzende der Finanzabteilung hat Abschrift dieses Erlasses erhalten.

In Vertretung:

W. Muß.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A. 679 (Dez. IV).

Dr. Kinder.

Nr. 25. Kirchenkollekte zum Besten der kirchlichen Jugendarbeit.

Kiel, den 16. Februar 1937.

Mit Genehmigung des Landeskirchenausschusses bestimmen wir hiermit, daß an allen Sonntagen, an denen in diesem Jahre Konfirmationen stattfinden, in allen Kirchen unseres Aufsichtsgebiets, bei allen Konfirmationsgottesdiensten eine allgemein verbindliche Kollekte zum Besten der kirchlichen Jugendarbeit abzuhalten ist.

Mit Rücksicht auf diese besondere Wichtigkeit der Sammlung ersuchen wir die Herren Geistlichen, sie nach besten Kräften zu fördern.

Die Kollektenerträge sind unter gleichzeitiger Einsendung der Nachweisung an uns von den Herren Präpsten (Landessuperintendent) innerhalb der vorgeschriebenen vierwöchigen Frist von Sonntag Palmarum (21. März 1937) ab gerechnet unter Angabe der Zweckbestimmung auf das Konto 1065 der Landeskirchenkasse bei der Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein in Kiel abzuführen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 767 (Dez. V).

Dr. Kinder.

Nr. 26. Verwendung einheimischer Isolierstoffe für Wärme-, Kälte- und Schallsolierung.

Der Reichs- und Preussische Minister
für die kirchlichen Angelegenheiten
G III 113/37

Berlin W 8, den 26. Januar 1937.
Leipziger Str. 3.

A b s c h r i f t.

Der Reichs- und Preussische
Wirtschaftsminister
II R 27 571/36

Berlin W 8, den 4. Januar 1937.
Behrenstr. 43.

Betrifft: Verwendung einheimischer Isolierstoffe für Wärme-, Kälte- und Schallsolierung.

Gelegentlich eines Sonderfalles ist festgestellt worden, daß noch immer von öffentlichen Beschaffungsstellen für Isolationszwecke Kork vorgeschrieben wird, wo gleichwertige einheimische Stoffe in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Kork muß ausnahmslos aus dem Auslande eingeführt werden. Die Einfuhr hat in den letzten Jahren durchschnittlich wertmäßig 4 Mill. R.M.

betragen. Wenn auch für diese Einfuhren keine Bardevisen aufzuwenden waren, da mit den in Betracht kommenden Lieferländern Zahlungs- und Verrechnungsabkommen abgeschlossen sind, so liegt es doch im dringenden Interesse der Rohstoff- und Devisenlage, die Verwendung von Kork — insbesondere für die Wärme-Isolierung (z. B. bei Kessel- und Heizungsanlagen) — sowie bei Bauten usw. zugunsten der Verwendung inländischer Isoliermittel auf das dringend notwendige Maß zu beschränken.

Als gleichwertige Austauschstoffe kommen u. a. in Betracht: Sichtigasstaub der Hochöfen, Tonerde-Silikat (sogen. Si-Stoff), Gips-Wärmeschutzmaterial, Seiden-Wärmeschutzmaterial (aus Abfällen), Magnesiummaterial, Zellenbeton (Leichtbeton), Moostorf-Isoliermaterial, Schlackenwolle, Aluminiumwolle bezw. Aluminiumfolie, Kieselgur, Glasgespinnst und Glaswolle. Neben der deutschen Kieselgur, deren stärkere Heranziehung erwünscht ist, können gerade Glasgespinnst und Glaswolle, die rein deutsche Produkte sind, sowohl für Wärme-, als auch für Kälte- und Schallisolierungen als besonders geeignet bezeichnet werden.

Ich bitte, die Beschaffungsstellen entsprechend zu unterrichten.

Im Auftrage:
gez. Dr. Kügler.

Abchrift übersende ich mit der Bitte um Kenntnisaufnahme und weitere Veranlassung.

Im Auftrage:
gez. Grünbaum.

Kiel, den 12. Februar 1937.

Vorstehenden Erlaß geben wir den Kirchenvorständen zur Beachtung bekannt.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 553 (Dez. IV).

Dr. Kinder.

Nr. 27. Kirchensteuerfreiheit der Wehrmachtangehörigen.

Kiel, den 20. Februar 1937.

Unter Bezugnahme auf unsere Rundverfügung vom 18. September 1936 — C 4061 — weisen wir darauf hin, daß die Verordnung über die Befreiung der Wehrmachtangehörigen von der Kirchensteuer, die von dem Reichskirchenauschuß am 30. Juli 1936 erlassen worden ist, im Gef.-Blatt der D. G. K., Nr. 27 S. 103, veröffentlicht worden ist.

Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Verordnung über die Befreiung der Wehrmachtangehörigen von der Kirchensteuer. Vom 30. Juli 1936.

Der Reichskirchenauschuß hat folgende Verordnung beschlossen:

§ 1.

Die Angehörigen der Wehrmacht werden in der Deutschen Evangelischen Kirche nicht zu Kirchensteuern herangezogen.

§ 2.

(1) Angehörige der Wehrmacht im Sinne des § 1 sind die Soldaten und die Wehrmachtbeamten, und zwar

1. die Wehrpflichtigen während der Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht nach § 8 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 — RGBl. I S. 609 —,

2. die aktiven Offiziere und solche Unteroffiziere und Mannschaften, die freiwillig länger dienen, als nach § 8 des Wehrgesetzes festgesetzt ist, oder nach § 22 des Wehrgesetzes auf begrenzte Dauer in der Wehrmacht zurückbehalten werden,
3. die aktiven Wehrmachtbeamten einschl. der Wehrmachtbeamtenanwärter, die in ein Beamtenverhältnis auf Probe, Zeit oder Widerruf außerplanmäßig überführt sind,
4. Wartestandsbeamte der Wehrmacht, solange sie berufsmäßig in der Wehrmacht entweder als Beamte oder als Zivilangestellte wieder Verwendung finden.

(2) Von der Kirchensteuer sind ferner befreit folgende Familienglieder der in Abs. 1 aufgeführten Angehörigen der Wehrmacht:

die Ehefrau, die ehelichen und gesetzlich den ehelichen gleichstehenden Kinder, solange sie minderjährig sind, unter elterlicher Gewalt stehen und dem Hausstande des Vaters angehören.

§ 3.

Die landeskirchlichen Durchführungsbestimmungen werden, soweit erforderlich, von den obersten Behörden der Landeskirchen im Einvernehmen mit der Deutschen Evangelischen Kirche erlassen.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.

Berlin, den 30. Juli 1936.

Der Reichskirchenauschuß.

D. Joellner. Hanemann.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 871 (Dez. IV).

Dr. Kinder.

Nr. 28. Der Wohnsitzbegriff im Kirchensteuerrecht.

Riel, den 23. Februar 1937.

Nachstehend veröffentlichen wir auszugsweise eine Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 4. Februar 1936, die für den Wohnsitzbegriff im Kirchensteuerrecht von Bedeutung ist. Die grundsätzlichen Ausführungen dieser Entscheidung gelten auch für den Bereich unserer Landeskirche.

„Greifen hiernach die Revisionsangriffe nicht durch, so ist doch der Antrag der Klägerin auf Freistellung von der Kirchensteuer aus einem anderen Grunde gerechtfertigt.

Voraussetzung für die Kirchensteuerpflicht ist nach § 2 des katholischen Kirchensteuergesetzes nicht nur das katholische Bekenntnis, sondern auch die Zugehörigkeit zur steuerfordernden Kirchengemeinde durch den Wohnsitz. Es war daher zu prüfen, ob die Klägerin einen Wohnsitz in H. hatte, durch den sie der katholischen Kirchengemeinde St. N. in H. örtlich angehörte. Das Bez.-VerGer. hat das bejaht, weil der Ehemann, dessen Wohnsitz die Frau teilte (§ 10 BGB.), in H. seit Jahren berufstätig sei, die Steuern, mit Ausnahme der auf dem Grundbesitz in A. lastenden Steuern, nach H. entrichte, auch die eigene Kirchensteuer in H. zahle und sein Kind in H. die Schule besuchen lasse. Diese Ausführungen vermögen die Entscheidung nicht zu tragen.

Maßgebend für den Wohnsitzbegriff im preuß. Kirchensteuerrecht ist das BGB. (BGB. Bd. 83 S. 189). Die Begründung eines Wohnsitzes setzt nach § 7 Abs. 1 BGB. eine ständige

Niederlassung voraus. Der Ehemann der Klägerin hat nun gegenüber den Vorinstanzen behauptet, seinen Hauptwohnsitz in A. zu besitzen und hat bestritten, in H. eine eigene Wohnung und den Mittelpunkt seiner Lebensverhältnisse zu haben. In A. hatte er nach den getroffenen Feststellungen unzweifelhaft seinen Wohnsitz begründet. Nach § 7 Abs. 3 BGB. wird der Wohnsitz aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben. Der Ehemann der Klägerin hat unbestritten in A. seine eingerichtete Wohnung im eigenen Hause beibehalten, benutzt sie regelmäßig allwöchentlich, und seine Ehefrau wohnt ständig darin. In A. besteht also unzweifelhaft ein Wohnsitz des Ehemannes F. Es könnte sich danach nur fragen, ob etwa in H. ein zweiter Wohnsitz besteht. Das BezVerGer. hat offenbar die Frage, ob ein Doppelwohnsitz vorliegt, trotz der Behauptung der Klage deshalb nicht geprüft, weil eine Heranziehung zur Kirchensteuer nur in H. erfolgt ist, eine Steuerverteilung also nicht zur Entscheidung steht. Bei Prüfung der Frage, ob in H. der Ehemann F. einen zweiten Wohnsitz begründet hat, war auf Grund der ständigen Rechtsprechung des OVG. (vgl. OVG. Bd. 51 S. 182, Bd. 52 S. 230, Bd. 54 S. 185 — Pr. Verw. Bl. Bd. 48 S. 142 —) zu untersuchen, ob das doppelte Erfordernis der Wohnsitzbegründung, nämlich: eine Wohnung am Niederlassungsorte und der Wille, diese Wohnung zum Mittelpunkt der gesamten Lebensverhältnisse zu machen, vorhanden gewesen ist. Eine behelfsmäßige Wohnung aus einem Zimmer, die ein vorübergehender Notbehelf ist, kann jedenfalls nicht als eine zweite ständige Niederlassung angesehen werden (vgl. RußrVerwBl. Bd. 49 S. 851). Nach den tatsächlichen Feststellungen benutzt der Ehemann F. seit 1923 ein oder zwei möblierte Zimmer in H., die er des öfteren gewechselt hat. Diese können als eingerichtete Wohnung in diesem Sinne nicht gelten.

Auch das zweite Erfordernis, daß der Kläger H. zum Mittelpunkt seiner gesamten Lebensverhältnisse gemacht hat, ist im vorliegenden Fall nicht erfüllt. Nach den Feststellungen in den Akten erstreckt sich die Tätigkeit des Ehemannes F. auf die ganze Provinz. Wenn er in der Gegend von A. zu tun hat, unternimmt er seine beruflichen Reisen von dort aus. Zu der „Totalität“ der Lebensverhältnisse gehört besonders auch das Familienleben. Daß dieses nicht seinen Mittelpunkt in H., sondern in A. hat, kann nach der Sachlage nicht in Zweifel gezogen werden. Daß das Kind der Eheleute F. die Schule in H. besucht, kann um so weniger ins Gewicht fallen, als das Kind nicht in der möblierten Wohnung des Vaters, sondern im Internat der Franckeschen Stiftungen untergebracht wurde, mithin der Schulbesuch in H. nichts mit dem Aufenthalt des Vaters daselbst zu tun hat. Ebenso wie der Ehemann F., wenn und solange er sich in H. aufhält, zwecks Ausübung seines Berufes vom Familienwohnsitz abwesend ist — ein Fall, der z. B. bei den in entfernten Vororten wohnenden, in Großstädten aber berufstätigen Personen häufig vorliegt —, so liegt es auch bei dem Kinde infolge der Notwendigkeit des Besuchs einer im Wohnsitzort nicht vorhandenen Schule. Der Mittelpunkt des Familienlebens bleibt trotzdem der gemeinsame Familienhaushalt. Das BezVerGer. irrt daher, wenn es den Wohnsitz nach dem Ort der Berufsausübung des Ehemannes F. und dem Schulbesuch des Kindes beurteilt. Noch weniger kann die Zahlung der Einkommensteuer in H. für die hier nach bürgerlichem Recht zu beurteilende Wohnsitzfrage ins Gewicht fallen, da für das Reichsteuerrecht durch § 80 der RAbgD. i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 161 ff.) Sonderbestimmungen über den Begriff „Wohnsitz“ getroffen worden sind, die sich mit dem für das Kirchensteuerrecht maßgebenden Wohnsitzbegriffe des § 7 BGB. nicht decken. Die Entscheidung des BezVerGer. war daher wegen Rechtsirrtums aufzuheben.

Bei der nun eintretenden Beurteilung des Falles in tatsächlicher Hinsicht ergab sich, daß der Ehemann F. nur einen Wohnsitz und zwar in A. hat. Da die Ehefrau den Wohnsitz ihres Ehemannes teilt (§ 10 BGB.), so hat auch Frau F. ihren Wohnsitz nur in A. und darf nur wegen

dieses Wohnsitzes zur Kirchensteuer herangezogen werden. Ihre Heranziehung zur Kirchensteuer seitens des beklagten Kirchenvorstandes in H. entbehrt also der gesetzlichen Grundlage."

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Finanzabteilung.

Nr. C. 906 (Dez. IV).

Dr. Kinder.

Nr. 29. Einführung eines Arbeitsbuches.

Kiel, den 20. Februar 1937.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 6. Juni 1936 (Kirchl. Gef.- u. W.-Bl. S. 55) geben wir nachstehend eine Entscheidung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bekannt, die im Benehmen mit dem Reichs- und Preussischen Arbeitsminister getroffen ist. Wir bemerken noch, daß sich diese Entscheidung nicht auf die Inhaber von vereinigten Kirchen- und Schülern bezieht.

„Nach § 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einführung eines Arbeitsbuches vom 16. Mai 1935 (Reichsgesetzblatt I, S. 602) erhalten Arbeiter, Angestellte einchl. der Lehrlinge und Volontäre das Arbeitsbuch. Zu diesem Personenkreis gehören alle Personen, die unselbständige, körperliche oder geistige Arbeit auf vertraglicher Grundlage verrichten. Die Kirchenverwaltungen beschäftigen nach ihren Ausführungen Volks- und Mittelschullehrer, Studienräte und sonstige Beamte auf Grund eines Privatdienstvertrages. Im Verhältnis zu den Kirchenverwaltungen sind diese Personen als Angestellte zu bezeichnen. Das privatrechtliche Beschäftigungsverhältnis verpflichtet sie, den Weisungen der betreffenden Kirchenverwaltung bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu folgen. Für ihre unselbständige Tätigkeit erhalten sie Gehalt. Diese Rechtslage kennzeichnet sie als arbeitsbuchspflichtige Angestellte im Sinne von § 1 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einführung eines Arbeitsbuches. Die in § 1, Abs. 1, Satz 2 derselben Verordnung vorgesehenen Ausnahmen von der Arbeitsbuchpflicht kommen für dieses Beschäftigungsverhältnis nicht in Betracht. Ebenso findet hier die in § 4 meiner Anordnung vom 18. Mai 1935 enthaltene Ausnahme für gelegentlich kurzfristige Dienstleistungen von Personen, die sonst berufsmäßige Lohnarbeit nicht verrichten, keine Anwendung. Bei der Beschäftigung von Beamten als Kirchenmusiker und Kirchenkassenrendanten handelt es sich nicht um gelegentliche kurzfristige Dienstleistungen. Vielmehr werden diese Beschäftigungen laufend ausgeübt, wenn auch zumeist nur nebenher. Es ist daher für diese Beschäftigungen das Arbeitsbuch erforderlich.

Unterliegt die Beschäftigung infolge des geringfügigen Entgelts nicht der Krankenversicherungspflicht, so wird sie nicht in das Arbeitsbuch eingetragen, es sei denn, daß das zuständige Landesarbeitsamt die Eintragungen auch dieser Beschäftigungen anordnet (§ 5, Abs. 3 meiner Anordnung vom 18. Mai 1935). Die Befreiung von der Eintragungspflicht ändert aber nichts an der Pflicht, das Arbeitsbuch zu besitzen.“

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. C. 891 (I).

Dr. Kinder.

Nr. 30. Neueinstellungen in die landeskirchliche Bücherei.

Kiel, den 5. Februar 1937.

In die landeskirchliche Bücherei wurden neu eingestellt und sind jetzt leihweise zu haben:

Dr. W. Jensen: „Die Kirchenbücher Schleswig-Holsteins, des Landesteiles Lübeck und der Hansestädte.“

v. Ulmenstein: „Der Abstammungsnachweis“.

E. Wentscher: Einführung in die praktische Genealogie.

Barth/Miesel: Joannis Calvine — Opera Selecte Bd. V.

Walter Schäfer: Psalmen, vertont von — —

Adolf Strube: Gott ist gegenwärtig.

Ev. Preßverband für
Deutschland Berlin-Steglitz: Die Evangelische Schriftenmission.

Herbert Grabert: Der protestantische Auftrag des deutschen Volkes.

Dr. Jhlfeld: Die Stunde des Christentums, eine deutsche Besinnung.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A. 426 (Dez. VIII).

Dr. K i n d e r.

Nr. 31. Karfreitagsgruß.

Kiel, den 28. Februar 1937.

Der Gesamtauflage dieses Stückes ist ein Flugblatt des Vorstandes des Syrischen Waisenhauses in Jerusalem „Karfreitagsgruß aus der Karfreitagsstadt“ beigelegt, auf das wir die Herren Geistlichen und die kirchlichen Körperschaften unserer Landeskirche empfehlend hinweisen.

Evangelisch-lutherisches Landeskirchenamt.

Nr. A. 692 (I).

Dr. K i n d e r.

Nr. 32. Empfehlenswerte Schriften.

Der Kunst-Dienst e. V. und der Evangelische Preßverband für Deutschland haben unter dem Gedanken deutsch-evangelischer Hauskunst eine gemeinsame Werbung und Beratung begonnen. Im Zusammenhang damit bereiten die genannten Stellen zwei Veröffentlichungen vor, die der Pflege und Förderung evangelischer Hauskunst dienen werden:

Einen Katalog mit Bildern, Graphiken und Sprüchen in bester Wiedergabe für das evangelische Haus.

Ein ausführliches bebildertes Bildstockverzeichnis für die evangelische Presse.

Beide Veröffentlichungen erscheinen im Verlag des Evangelischen Preßverbandes für Deutschland.

„Hundert Bücher zur Konfirmation“. Eine Auswahlliste für das evangelische Haus. Herausgegeben vom Evangelischen Preßverband für Deutschland, Berlin-Steglitz, Bymestraße 8. Stück 10 *Rpf.*, ab 50 Stück 5 *Rpf.* pro Stück. Die Liste, die einen Hinweis auf wertvolle deutsche und christliche Literatur enthält, ist geeignet, den Konfirmanden mitgegeben zu werden.

„Konfirmationsschein“. Der kirchliche Kunstverlag E. Aurig-Dresden gibt auf Veranlassung des Kunstdienstes Berlin Konfirmationsseine heraus, die durch ihre Schrift und durch die auf dem Schein enthaltenen Symbole sehr geschmackvoll wirken. Die Entwürfe stammen von dem Offenbacher Künstler und Koch-Schüler Armin Lämmer. Schrift und Illustrationen sind gut.

Die Gemeinden seien auf diesen Schein hingewiesen.

„Duelt sik dien Hart mit Sorgen“, ein Büchlein mit Tageslosungen und Sonntagsandachten in plattdeutscher Sprache, herausgegeben von Pastor Johannes Jessen, Kiel. Alle diejenigen, die der plattdeutschen Sprache mächtig sind, lesen die Andachten und Losungen mit reichem, inneren Gewinn. Preis des Buches broschiert 1,— *R.M.*, in Ganzleinen 1,60 *R.M.* Verlag Nölke, Bordesholm.

„Die große Freude: Gott spricht durch die Bibel zu uns“. Als Antwort auf die Ludendorffschrift „Das große Entsetzen“, herausgegeben von Guida Diehl. Neuland-Kampfbblatt Nr. 7 (Stück 4 *Kpf.*, Mengenbezug billiger, Neulandhaus Eisenach). Die Flugschrift ist in gutem Sinne volkstümlich gehalten.

Personalien.

- Ernannt: mit Wirkung vom 1. Oktober 1936 der bisherige Gerichtsassessor und jur. Hilfsarbeiter des Landeskirchenamts Gerhard Ebsen zum Konsistorialassessor.
- Bestätigt: am 16. Februar 1936 die Berufung des Pastors Dr. theol. Hans Ulrich in Potsdam in die Pfarrstelle der Kirchengemeinde Basthorst.
- Eingeführt: am 7. Februar 1937 der Pastor Johann Mezendorf, bisher in Basthorst, als Pastor der Kirchengemeinde Quickborn.
- Gestorben: am 4. Februar 1937 Pastor i. R. Friedrich Franz Hasselmann in Hamburg-Gr.-Vorstel, zuletzt bis zu seiner zum 1. April 1929 erfolgten Emeritierung Pastor in Hürup;
- am 9. November 1937 in Schleswig Propst i. R. Theodor Stoltenberg. Der Verstorbene lebte seit dem 1. Oktober 1921 im Ruhestand und war zuletzt ab 19. Mai 1895 Hauptpastor und ab 1. Mai 1899 Propst in Schleswig.

Erledigte Pfarrstellen.

Die demnächst zu errichtende dritte Pfarrstelle der St. Petri-Gemeinde zu Flensburg wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Gemeinde liegt an der dänischen Grenze und umfaßt zum kleineren Teil städtische Bevölkerung, zum größeren Teil den Landbezirk um Wasserleben, Klues und Kupfermühle. Dienstwohnung ist nicht vorhanden. Straßenbahn- und Autobusverkehr zu den Schulen der Stadt. Besoldung nach den allgemein gültigen Grundsätzen, Ortsgruppe B. Unkostenentschädigung wird gewährt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an den Synodalausschuß in Flensburg. Bewerbungsfrist: 3 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige im Kirchl. Ges.- u. B.-Bl.

Hierdurch wird die vakante 1. Pfarrstelle der Gemeinde Mölln i. Lauenburg zur Bewerbung ausgeschrieben. Dienst Einkommen nach den jeweiligen Grundsätzen für die Übergangsvorsorgung. Ortsklasse B. Schönes, geräumiges Pastorat mit kleinem Garten neben der sehr schönen alten Kirche. Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. April 1937 an den Synodalausschuß in Hakeburg i. Bbg.